

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnement- und Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 13.

Berlin, den 29. März 1908.

9. Jahrgang.

**Kollegen, setzt mit neuen Kräften in die Frühjahrs-Agitation ein;
betreibt Bant- und Haus-Agitation!**

Inhaltsverzeichnis.

Die augenblickliche Lage. — Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte. — Jahresbericht des Bezirks Niederrhein. — Rundschau: Die Strafbestimmungen im Reichsvereinsgesetz. — Spracherklärung im neuen Reichsvereinsgesetz. — Verband Deutscher Buchdrucker contra Gutenberg-Bund. — Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands. — Zwischen "Wir und Angel". — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Aachen. Wiesbaden. Gelsenkirchen. Hagen. Bezirk Essen. — Soziale Wahlen. — Von den Arbeitsstellen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Die augenblickliche Lage.

Zimmer noch ungeklärt! — so muß die augenblickliche Situation im Baugewerbe bezeichnet werden. Wir sitzen doch sofort bei, daß das vielleicht schon dann, wenn diese Nummer der „Baugewerkschaft“ in die Hände unserer Kollegen gelangt ist, eine Veränderung erfahren hat. Auf Veranlassung dritter Personen finden nämlich Mittwoch, den 25. März, Verhandlungen mit der Bundesleitung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe selbst, in Berlin statt. Davon steht zu erwarten, daß sie ein endgültiges Resultat nach der einen oder anderen Seite zeitigen.

Die Verhandlungen in München schiederten an den bekannten Punkten, wie auch anderwärts; Lohnverhöhnungen eintreten zu lassen, sind die Münchener Arbeitgeber nicht abgeneigt. Neulicht ist die Lage im Osten. Nur in Gießen haben wir es zu verzeichnen, daß die Arbeitgeber, um die Arbeiter ihren Wünschen geneigter zu machen, vor einem offenen Vertragsbruch nicht zurückschrecken. Der dortselbst bestehende Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Mai d. J. Als eine Einigung über die schwebenden Fragen nicht erzielt werden konnte, stellten die Unternehmer eine größere Anzahl Arbeiter vor die Alternative, entweder drei Pfennige billiger als der Tarifmäßige Lohn zu arbeiten, oder die Entlassung zu nehmen. Selbstverständlich wurde das abgelehnt, daraufhin folgte die Aussperrung der sich nicht ergebenden Leute. Also unter Vertragsbruch! Den Bürgermeistern versuchte ein Unternehmer damit zu hintergehen, er handle sich um die Entlassung überflüssiger Arbeiter; dabei hatten wir bereits eine Offerte dieses Herrn in der Hand, womit er auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen versuchte. Auf Anordnung unserer Verbandsleitung haben nunmehr sämtliche Kollegen in Gießen die Arbeit eingestellt. Wir werden die vertragsbrüchigen Giesener Unternehmer schon eines anderen belehren.

Vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Frankfurt a. M. fand auf Veranlassung des Mitteldeutschen und des Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe eine Aussprache in engerem Kreise in Koblenz statt. Eine Ablehnung derselben unsererseits wäre um so unangebrachter gewesen, als in beiden Bezirken, wie überhaupt in allen übrigen, die Differenzpunkte im wesentlichen dieselben sind. Eine gemeinsame Erledigung der strittigen Punkte konnte daher nur doppelte Diskussionen ersparen. Die Aussprache wurde von dem Beauftragten der Stadt Essen, Herrn Dr. Wiesfeldt, geleitet. Das Resultat derselben ist von größerer Bedeutung, da es die gespannte Lage bedeutend gemildert, und größere Aussichten auf eine friedliche Verständigung geschaffen hat. Es müßten denn unvorhergesehene Ereignisse dazwischen eintreten, oder die Bundesleitung des Arbeitgeberverbandes die von beiden genannten Bezirksverbänden, welche als ausschlaggebend angesehen werden müssen, gemachten Vorschläge nicht akzeptieren.

In den Bereich der Erörterungen wurden in Koblenz nur die Hauptdifferenzpunkte gezogen. Nach nochmaliger Darlegung des Standpunktes der Arbeiter in den genannten Punkten erklärten die Arbeitgeber, bei ihrem Bundesvorstand in Berlin die Streichung des Wortes „kräftig“ beantragen zu wollen. Die Agitationsklausel soll eine andere Fassung erhalten, unter Weglassung der hauptsächlichst beanstandeten Sauteln. Der Genehmigungsparagraf soll eine paritätische Fassung erhalten. Alles vorbehaltlich der Zustimmung der Bundesleitung. Dagegen verlangen sie, daß seitens der Arbeiter jede Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit sowie auf eine allgemeine Lohnverhöhnung für die beabsichtigte Vertragsdauer von zwei Jahren zurückgezogen wird. Angesichts dieser unsererseits entgegenkommenden, andererseits jede augenblickliche Lohnverhöhnung wie Verkürzung der Arbeitszeit ablehnenden Erklärung, waren die Vertreter der Arbeiter auch ihrerseits in die Lage versetzt, positive Vorschläge zu einer Einigung zu machen. Sie konnten das um so eher, als sie seither in gleichen Fragen nie einen

anderen Standpunkt eingenommen haben. Das ist ja auch die Voraussetzung jedes realen Verhandlungsganges und abzuschließender Verträge. Hinzu tritt, daß unter den obwaltenden Umständen von beiden Parteien das möglichste getan werden sollte, um einen annehmbaren Frieden herbeizuführen. Wir unsererseits sind dazu bereit, wir rechnen dabei aber auch mit den gegebenen Verhältnissen. Wir wissen, daß die augenblicklichen Konjunkturverhältnisse mehr als sonst in Anrechnung gestellt werden müssen, auch daß in einer größeren Anzahl Orte die Arbeitgeber mit noch größeren Schwierigkeiten, als sie ohnehin durch die allgemeine Geldknappheit hervorgerufen worden sind, zu rechnen haben. Unter Berücksichtigung dieser Umstände glaubten die Arbeitervertreter, vorbehaltlich der Zustimmung der Mitglieder, die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit sowie eine allgemeine Lohnverhöhnung fallen lassen zu sollen, unter der Voraussetzung jedoch, daß in 1909 eine allgemeine Erhöhung des Lohnes eintritt; andernfalls soll der Vertrag nur auf ein Jahr abgeschlossen werden. Wir halten diesen Standpunkt für durchaus berechtigt, und können die Arbeitgeber, wenn es ihnen wirklich ernst um den Frieden zu tun ist, sehr wohl darauf eingehen. Eine Reihe von Anzeichen deuten auf eine bessere Konjunktur im kommenden Jahre hin, die bestehenden Tenernungsverhältnisse lassen ein höheres Einkommen vollaus begründen. Der Vorsitzende des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes, Herr Lischer, lehnte strikte jede Lohnverhöhnung für die beiden beabsichtigten Vertragsjahre ab, Herr Maiveg-Langendroer tat das in solch bestimmter Form nicht. Allgemein lehnten sie eine einjährige Vertragsdauer ab. Da die Arbeitervertreter diesem Verlangen nicht entsprechen konnten, blieb die Frage der allgemeinen Lohnverhöhnung hier schon offen. Um eine vertragslose Zeit zu vermeiden, oder um die etwa mit den einzelnen Orts- oder Bezirksarbeitgeberverbänden abgeschlossenen Verträge nicht gleichsam in der Luft hängen zu lassen, bis die Zustimmung der Bundesleitung des Arbeitgeberverbandes zu haben sei, da einzelne Verträge erst im Juli zum Ablauf kommen, wurde seitens der Arbeiter beantragt, daß der Bund in einer gemeinsamen zu bestimmenden Frist seine Zustimmung zu dem materiellen Inhalt der Verträge geben solle. War Herr Maiveg dafür, so lehnte das Herr Lischer entschieden ab mit der Motivierung, ohne Rücksprache mit dem Bundesvorstand hier keine Zusage machen zu können. Der Grund dafür dürfte nicht unklar zu erraten sein.

Die am Sonntag, den 15. März, in Frankfurt a. M. stattgefundenen Lohnkommissions-Sitzungen der in Betracht kommenden Verbände gaben dem Verhalten der Verbandsleiter in Koblenz ihre Zustimmung. Die Verhandlungen in Frankfurt a. M. am 16. März ergaben denn auch in allen Punkten ein positives Resultat, bis auf die genaue Festsetzung der Stundenlöhne in jenen Orten, wo seither keine Verträge bestanden, der Zurückziehung der ausgelegten Lohnreduzierung von 3 Pf. pro Stunde in Kassel, der Genehmigungsklausel, sowie der allgemeinen Lohnverhöhnung in 1909. Im übrigen herrschte Uebereinstimmung darin, daß Verschlechterungen nicht eintreten dürfen, z. B. Mannheim mit seinen höheren Sätzen für Überstunden usw. Beide Parteien sollen nun noch einmal mit ihren Auftraggebern über die strittigen Punkte Rücksprache nehmen, um dann zu einem endgültigen Abschluß zu gelangen.

Inzwischen hat nun die schon anfangs angedeutete Verschärfung der Verhandlungen in den übrigen Orten und Bezirken stattgefunden. Der verdiente Führer der Gesellschaft für Sozialreform, Herr Professor Dr. Franke, trat mit dem Vorschlag an uns wie auch an die übrigen Arbeiterorganisationen heran, ob wir zu Unterhandlungen mit dem Bundesvorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe unter Leitung eines Unparteiischen bereit wären. Wir antworteten selbstverständlich in bejahendem Sinne, schlugen aber zugleich drei Unparteiische vor, und zwar die Herren Dr. Wiesfeldt-Essen, Magistratsrat v. Schulz-Berlin und Dr. Premer-München. Der Bundesvorstand der Arbeitgeber nahm die gleichen Vorschläge an. Er bestimmte seinerseits 11 Mitglieder zu Unterhandlungen, die Herren Felisch, Fiedler und Bahl aus Berlin, Kartmann-Posen, Acad-Dr. den, Ciske-Leipzig, Fellermeier-München, Lischer-Frankfurt a. M., Fritz-Essen, Wolf-Breslau und Lummert-Hamburg. Durch die Einsetzung dieses neuen Verhandlungsförpers wurden die Verhandlungen sowohl in München wie in Essen vorläufig inhibiert. Wir sagen vorläufig; denn eine endgültige Regelung über die einzelnen Orte und Bezirke mit dem Bundesvorstand wird heute noch kaum möglich sein. Immerhin sind wir an der Phase einer neuen Entwicklung der Dinge angelangt. Damit wäre das Wesentlichste berichtet. In einer am Sonntag, den 22., in Essen a. d. R. stattgefundenen Konferenz sämtlicher Zahlstellen Rheinlands und Westfalens ist ein-

gehender Bericht erstattet worden. Dasselbe wird in aller nächster Zeit auch in den einzelnen Zahlstellen geschehen.

Von Bedeutung und Interesse ist zurzeit die Haltung der einzelnen Parteien. Wir haben uns von Anfang an bemüht, die ganze Gelegenheit, die eine ungeheure Verantwortung in sich trägt, nach bestem Wissen und Gewissen zu behaupten. Das ist bei anderen nicht immer der Fall gewesen. Wir wußten jedoch taum, was wir sagen sollten, als wir an der Spitze der letzten Nummer des „Zimmerer“ (Nr. 12), Organ des soziald. Zimmererverbandes, folgenden lasen:

„Telegramm.“

Frankfurt a. M., den 17. März 1908. Die Verhandlungskommission des Arbeitgeberbundes ist unterbrochen. Auf Antrag seines Vorstandes fand am 14. März in Koblenz eine Besprechung in engerem Personalkreise statt. Der Friede schien gesichert. Jetzt hat besagter Vorstand seine Mitglieder plötzlich abberufen. Er will den Kampf des Geldsacks gegen Armut.“

Das heißt mit der Wahrheit nicht nur in größter Weise Schindluder gespielt, nein, wir betrachten das auch als eine große taktische Ungeheuerlichkeit. Wie es in Wirklichkeit steht, besagt vorstehendes.

Die „Mitteldeutsche Arbeitgeberzeitung“ kann sich in ihrem Bericht von der Koblenzer Sitzung sowie den Frankfurter Verhandlungen auch nicht dazu emporschwingen, den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes zu unterbreiten, daß die Arbeitervertreter auf eine Lohnverhöhnung für den mitteldeutschen Bezirk für 1908 verzichtet haben. Warum wohl? Die Bundesleitung des Arbeitgeberverbandes in Berlin erließ eine „Richtigstellung“ gegen die angeblichen systematischen Versuche der Arbeiterorganisationen, in der Öffentlichkeit den Bund zu denunzieren, daß er einen einseitigen Tarif aufgestellt, und einen Massenkampf wolle. Das wird energig bekämpft; der Bund habe nur die Grundlagen für einen Tarif aufgestellt, die Regelung der Lohnfrage sowie der Arbeitszeit und der übrigen kleineren Bestimmungen dagegen den einzelnen Orts- resp. Bezirksverbänden überlassen. Komme es zu einem Kampfe, trügen die Arbeiter die Schuld.

Nach all den bekannten Vorgängen derartiges der Öffentlichkeit in erstem Tone anbieten zu wollen, ist denn doch die Schnellebigkeit unserer Zeit überhäuft und grenzt an eine große Kühnheit im Umgang mit der Wahrheit — einen schärferen Ausdruck wollen wir nicht gebrauchen. Das ganze verrät eine große Verlegenheit. Wie wir aus bestimmter Quelle wissen, hat sich denn auch in weiten Arbeitgebertreuen die Meinung herausgebildet, daß der eingeschlagene Weg des Bundes ein falscher war und daß die öffentliche Meinung mit besagten Maßnahmen keineswegs einverstanden ist. Das mag denn auch von Einfluß auf die neueren Entschlüsse des Arbeitgeberbundes gewesen sein.

Wir resümieren: Die schwebenden Differenzen haben in etwa durch die Stellungnahme der Bezirksarbeitgeberverbände an Schärfe verloren, und es ist Hoffnung vorhanden, daß es zu einem Resultat auf friedlichem Wege kommt. Wir wünschen das. Es kommt nunmehr auf die Bundesleitung selbst an, ob sie die gemachten Vorschläge akzeptiert. Wir gestehen: Das größte Vertrauen haben wir nach den seitherigen Vorgängen nicht. Halten wir uns daher für alle Eventualitäten gefaßt. Es können unerwünschte Ereignisse eintreten, und müssen wir daher, ehe nicht eine endgültige Regelung vor sich gegangen ist, mit dem Schlimmsten rechnen. Nur das bewahrt uns vor Enttäuschungen.

Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte.

Erste Hälfte März 1908.

Nochmal die amerikanische Krisis. — Syndikalpolitik. — Aachen ohne Ende. — Vom Getreidemarkt.

Im internationalen Blätterwald nehmen die Erörterungen über die amerikanische Krisis und die daraus sich ergebenden Lehren ihren Fortgang. Immer wieder wird auf das eigenartige Geldwesen und das Fehlen einer Zentralbank hingewiesen, wodurch es unmöglich gewesen sei, der Krisis schon in ihrem Aufkommen wirksam entgegenzutreten. Heute erscheint uns eine französische Stimme erwähnenswert, insbesondere im Hinblick auf den Vergleich, der mit französischen Zuständen gezogen wird. Im „Bulletin de la Semaine“ erinnert ein angegebener Volkswirtschaftler an die Eigenart des in der Ver. Staaten herrschenden Systems, das in der Emission von Noten von ein, zwei, fünf, zehn, zwanzig, fünfzig, hundert und tausend Dollars durch die einheimischen Banken besteht. Die Banken müssen vorhergehend beim Schatzamt in Washington den, durch die Noten dargestellten „Amerikaner“ Wert in Goldmünzen oder Barren einzahlen. Auf den ersten Blick erscheint dies als ein ideales System von größtmöglicher Sicherheit; in der Praxis geht ihm

aber jede Beweglichkeit ab. Daher hat auch Japan, nach einem kurzen Versuch mit demselben, das System abgelehnt. Demgegenüber kann die Bank von Frankreich notfalls mit ihren 2 1/2 Milliarden Gold für 4 Milliarden Noten ausgeben. Nach der jüngsten Bilanz hatte die Bank von Frankreich einen Notenumlauf von 41 527 111, wodurch eine Summe von 49 495 549 555 Franken bargelegt wurde. Für diesen Umlauf war ein Metallbestand von 3 593 700 000 Franken vorhanden, während der Ueberreicht von 1 335 849 555 Franken durch den nachbringenden Teil der Aktiven garantiert wurde. In den Ver. Staaten kann auf Grund des herrschenden Systems der Notenumlauf in keiner Weise die Höhe des Metallbestandes übersteigen; dagegen ist in Frankreich, dank dem äußerst beweglichen Betrieb der Bank von Frankreich ein Notenumlauf von 1 1/2 Milliarden, ja, im Notfalle von doppelter Höhe, über den Metallbestand hinaus ohne die geringste Gefahr für den öffentlichen Kredit möglich.

Der betreffende Volkswirtschaftler erinnert im übrigen daran, daß fast allgemein die Verantwortung für den großen Krach dem Präsidenten Roosevelt wegen seiner Angriffspolitik gegenüber den Trusts und Eisenbahnen zugeschoben werde. Bei Betrachtung unserer deutschen Zustände und der Politik unserer Syndikate usw. möchte man sich wahrlich auch hier einen „starken Mann“ wie Roosevelt herbeiwünschen, der einmal energisch die Syndikalpolitik zur Einschlagung anderer Wege zwänge. Die Palme in der völligen Unberücksichtigung der augenblicklichen Erfordernisse des Wirtschaftslebens geht nach wie vor dem Kohlenyndikat. Wie zur eigenen Verhöhnung trägt es selbst über die ihm erwachsenen Schwierigkeiten. Wer, auftritt denselben durch die von allen Seiten geforderte Verbilligung der Kohle entgegenzutreten, sündigt es die Erzeugung unter Aufrechterhaltung der hohen Preise ein und droht mit weiteren ähnlichen Maßnahmen, falls die Regierung die angekündigte Aufhebung der ermäßigten Ausfuhrtarife durchführen sollte. Damit könnte, wie Wiener im „Tag“ schreibt, ein Konflikt verursacht werden, den unser wirtschaftliches, ja unser ganzes öffentliches Leben auf das nachteiligste verspüren würde. Obgleich schon hat der Zusammenhang der Syndikalpolitik mit dem Nachlassen der industriellen Konjunktur zu erregten Erörterungen Anlaß gegeben. Wird von der Bedeutung der amerikanischen Krise für die wirtschaftliche Situation in Deutschland abgesehen, so sind es hauptsächlich zwei Gründe, die den Rückgang bei uns herbeigeführt haben. Einmal die Verteuerung der Produktion. Zum zweiten der hohe Selbststand. Beide Gründe hängen aber wieder miteinander zusammen, und an beiden hat die Politik des Kohlenyndikats ihren Anteil. Die große Bedeutung, die der Kohlenpreis für die gesamte Produktion hat, bringt es mit sich, daß hohe Kohlenpreise alle gewerbliche Tätigkeit verteuern. Der mit dieser Verteuerung verbundene erhöhte Bedarf an Geldmitteln steigert aber auch den Zinsfuß. Bis all das den Konsum so weit reduziert, daß dadurch ein wirtschaftlicher Rückschlag herbeiführt. — Zweits Ursache der schmerzlichen Mißstände werden diejenigen Mitglieder der Bauwelt, die Unternehmen des Kohlenbergbaues und einer Reihe anderer industrieller Gesellschaften angehören — und deren gut es eine beträchtliche Anzahl — aufgefordert, ihre Stellung in der Verwaltung von Kohlengruben zu benutzen, um auf eine im Einklang mit den Interessen der Allgemeinheit liegende Preispolitik hinzuwirken. Wenn nur die Regierung zu einem Griff ins Beipenneck sich ermannen wollte! Wer sie scheint, wie von konservativer Seite dieser Tage im Reichstag hervorgehoben wurde, vor den „maßgebenden Persönlichkeiten“ einen gewaltigen Respekt zu haben. Der Wg. Streifemann scheint Recht zu haben mit dem seinerzeit erhobenen Vorwurf, die Regierung betrachte viel zu sehr die rhein-westfäl. Großindustriellen als „die Industrie“, als ob es außerdem keine Industrie in Deutschland gäbe. Daher erkläre sich auch ihr mehr wie nachsichtiges Verhalten gegenüber den gemeinschaftlichen Maßnahmen des Kohlenyndikats.

Wie mittelbar alle Zweige des Wirtschaftslebens unter einer derart verfehlten Politik leiden, beweist, um ein eigenartiges Beispiel hervorzuheben, die Klage der Landwirtschaft über Mangel an Thomasmehl, das für die Düngung von größter Wichtigkeit ist. Diese Erscheinung ist nicht zum wenigsten auf die Einschränkung des Betriebes bei den Eisenwerken zurückzuführen und, wenn man weitergeht, langt man auch hier wieder bei der Kohle an.

Zu Beginn des Jahres hatten wir für den Getreidemarkt die Prognose aufgestellt, daß der Ausblick auf denselben ein keineswegs erfreulicher sei. Zwar schien die andauernd reiche Getreideausfuhr Argentiniens zunächst unsere Annahme nicht zu rechtfertigen. Diese Ausfuhr erreichte zeitweilig eine kaum jemals vorher gefamte Höhe, unter deren Wucht die Preise beträchtlich nachgeben mußten. Allein, wer tiefer sah, erkannte bald, daß es sich hier um eine vorübergehende Erscheinung handelte, hervorgerufen durch den internationalen wirtschaftlichen Konjunkturmangel.

Auf der einen Seite die, durch das Verschwinden der auf Preissteigerung spekulierenden Börsen-„Kupferseiler“ vom Markt mittrauisch gewordenen Farmer, in Fieberhaft auf ein schnellmögliches Abstoßen der Vorräte bedacht, auf der anderen Seite die durch die Konjunkturverschlechterung erschreckten Käufer der schwimmenden Ware, die ein förmliches Angebot an den Markt brachten; was ist da erklärlicher als der Preisrückgang? Inzwischen aber beurteilen die Getreidemärkte die Lage wesentlich anders. Der gesamte europäische Bedarf an Weizen ist auf etwa 58 Millionen Quarters geschätzt, von der in der zweiten Hälfte unseres Getreidejahres über 30 Millionen benötigt werden. Von den Vereinigten Staaten, Kanada, Indien, Australien, Kanada und Japanien ist nur wenig zu erwarten, und von Argentinien höchstens etwa 13 Millionen Quarters. Die Ausichten sind somit durchaus nicht bejubelnd und man dürfte sich auf eine baldige nachdrückliche Befestigung der Marktlage gefaßt zu machen haben.

Jahresbericht des Bezirks Niederrhein.

Ich schicke voraus, daß wir im Berichtsjahre sowohl äußere wie innere Fortschritte zu verzeichnen haben. Befriedigen kann es jedoch nicht, denn noch manche Mängel bestehen, welche ich hier nicht erörtern will. Sie sind zudem den Zahlstellen durch ein Rundschreiben mitgeteilt worden, und muß erwartet werden, daß in den bezeichneten Punkten eine Aenderung eintritt.

Die Baukonjunktur war, mit Ausnahme von einigen Orten, gut. Die Ausdehnung des Kohlenbergbaues am Niederrhein sowie der damit verbundenen industriellen Anlagen ist eine rapide. Um Wohnungen für die Tausende von Arbeiter in diesen bis jetzt durchaus ländlichen Gegenden zu schaffen, sind die Zechenverwaltungen genötigt, ganze Kolonien anzulegen. Förmliche neue Dörfer entstehen in der ihnen eigenen symmetrischen Form und Einheitlichkeit. Kommt man in diese Kolonien hinein, glaubt man sich ins Ausland versetzt, da sie zum größten Teil mit ausländischen Arbeitern besetzt sind und infolge des ständigen Zu- und Abganges einem Bienenhaus gleichen. In Duisburg, Oberhausen, Mülheim, Hamborn nebst einigen kleineren Orten ließ die Bautätigkeit zu wünschen übrig. Dagegen konnten wir in Bottrop und Gladbach nicht genug Leute liefern. Aehnlich war es in dem Gebiet Moers-Rheinberg. Im Laufe

des Herbstes hob sich die Arbeitsgelegenheit noch in einigen Orten, wurde jedoch, mit Ausnahme der Zechenbauten, allgemein durch die Geldknappheit und dem damit zusammenhängenden hohen Zinsfuß gehemmt. Infolgedessen ist auch das unter der regen Bautätigkeit üppig ins Kraut schießende Bausekulantentum zurückgegangen. Die weitere Ausdehnung der Kohlenfelder, die Anlegung neuer industrieller Werke sowie die Durchführung des Rhein-Ems-Kanals lassen die vollständige Industrialisierung des Niederrheins voraussehen.

Neue Zahlstellen wurden im Berichtsjahre 9 gegründet; damit ist die Zahl derselben auf 83 gestiegen mit einer Mitgliederzahl von 4022 gegen 3030 am Schlusse 1906. Die Zahlstellen und Mitglieder vermehrten sich wie folgt:

Jahr	Zahlstellen	Verwaltungsstellen	Mitgliederzahl
1903	9	—	620
1904	16	—	862
1905	28	—	1025
1906	74	10	3030
1907	83	7	4022

Die im Herbst 1907 aufgenommene Statistik gibt den Kollegen genügend Aufklärung in den Verwaltungsstellen, unter welchen Berufen eingesetzt werden muß. Ohne Zweifel würde der Fortschritt ein größerer sein, wenn der Bezirksleiter und die Beamten von den Lohnbewegungen nicht in größerem Maße in Anspruch genommen gewesen wären. Der größte Prozentsatz der Unorganisierten sind Italiener, von denen auf einer Baustelle ca. 600 vereinigt waren. Ferner in den bekannten Kolonnen, welche teilweise die Bauten in Akkord übernehmen. Besonders hatten diese Kolonnen, welche meistens aus dem Taunus stammen, öffentliche Bauten besetzt. Ein dringendes Erfordernis ist, daß unsere Mitglieder mit den fremdsprachigen Kollegen einen besseren Anschluß bewerkstelligen.

Die Geschäftsführung ist auf Grund der durchgeführten Zentralisation erheblich besser geworden. Die 83 Zahlstellen sind in 7 Verwaltungsstellen vereinigt. Die Lokalkassen sind mit den Verwaltungsstellen verschmolzen worden, und werden sämtliche Ausgaben von letzterer bestritten. Die prozentuale Verteilung von 7 1/2 oder 6% hat sich bei uns nicht bewährt. Die Opferwilligkeit hat sich unter den Kollegen gehoben. Bedauerlicherweise finden sich aber immer welche, ja sogar Vorstandsmitglieder, welche nichts Besseres zu tun glauben, als ein halbes Jahr lang über eine notwendige Beitragserhöhung von 5 Pf. zu kritisieren. Diese geradezu widerliche Kritiksucht muß aus unseren Versammlungen verbannt werden, soll der Verband nicht größeren Schaden leiden. Den Mitgliedern wird dadurch der Versammlungsbesuch verleidet, ebenso den Beamten die Arbeitsfreudigkeit. Um so mehr noch, wenn, wie es einmal geschah, dem Beamten sein Gehalt vorgeworfen wird.

Die Fluktuation war eine sehr große. Insgesamt wurden 3871 neue Mitglieder aufgenommen, wovon zwei Drittel wieder verloren gingen: Zurückzuführen ist das in erster Linie auf die sehr starke Ab- und Zuwanderung. Dann aber auch auf das noch nicht genügend ausgebaute Vertrauensmännersystem. Es sollten einem Vertrauensmann in keinem Fall mehr als 30 Mann zugeteilt werden, dann sollte aber auch auf jeder Baustelle ein Vertrauensmann sein, der den Ab- und Zugang überwacht und die Abreisenden anhält, sich vorschriftsmäßig abzumelden. Reisen sie in andere Bezirke, dann kann zugleich eine Ueberweisung vor sich gehen. Die Hauptaufgabe der Zukunft ist die Erhaltung der Mitglieder. Der Eingang der Extrabeiträge ließ ebenfalls zu wünschen übrig. Von den verkauften Extramarken entfallen auf pro Mitglied 4 1/3 Stück. Am besten gingen sie ein in Homberg-Moers, am schlechtesten in M.-Gladbach.

Ueber die Erfolge der Lohnbewegungen gibt nachstehende Tabelle Aufschluß:

Namen der Orte	Lohn-erhöhung pro Stunde Pfg.	Arbeitszeitverkürzung pro Tag Std.	Für wieviel Kollegen unseres Verbandes
Bocholt (M.)	7	1	163
Bocholt (B.)	6	1	20
Bocholt (St.)	5	1/2	30
Emmerich	10	1	352
Elten	3	1/2	55
S.-Herrenberg	6	1/2	60
Geldern	4	1/2	727
Kevelaer	6	1	205
M.-Gladbach	2 1/2 Cents	1	130
Odenkirchen	4	1/2	727
Neuwerk (M. u. B.)	6	1	205
Rheinhausen	6	1	130
Venlo	2 1/2 Cents	1	130
M.-Gladbach	5	1/2	47
Rheydt	5	1/2	47
Zimmer	5	1/2	47
Goch	2	—	56

Sämtliche Verträge, außer Kevelaer, laufen am 1. April resp. 1. Mai 1908 ab.

Wenn in Goch der Streik nicht das Gewünschte brachte, so tragen die Kollegen einen Teil der Schuld mit. Zum Abreisen ließen sie sich mit ganz geringer Ausnahme nicht bewegen und stärkten damit den Unternehmer den Rücken. In Krefeld, wo die Kollegen 17 Wochen im Kampf standen und nichts erreichten, mögen sie sich bei Ernst Muth bedanken. An einigen anderen Stellen wurde, ohne die Leitung im Kenntnis zu setzen, die Arbeit niedergelegt; derartige Fälle dürfen nicht wieder vorkommen.

An den Grenzen des Niederrheins, in Niederland, sind die Kollegen wirtschaftlich schlechter gestellt, wie im Industriegebiet. Die Arbeitszeit beträgt, da die große Zahl der Kollegen vom Lande gekommen, durchweg 12 1/2 Stunden, desgleichen stehen die Löhne 10 bis 13 Pf. pro Stunde niedriger. Dagegen stehen die Lebensmittelpreise auf gleicher Höhe. Am öffentlichen und politischen Leben dürften sich die Kollegen eifriger beteiligen. Dagegen wurde bei sozialen Wahlen überall mit durchschlagendem Erfolg eingegriffen. Auch ist das Verhältnis zwischen konfessionellen Arbeitervereinen und

Gewerkschaften ein gutes zu nennen. Arbeitgeberverbände bestehen in fast allen Orten, selbst in den entlegensten. Sie sind in Orte eingedrungen, wo unsere Kollegen es leider immer noch nicht verstehen, sich zusammenzuschließen.

Eine nicht ganz noble Stellung nahm in einigen Orten die Behörde ein. Kevelaer ist wohl zur Genüge erwähnt worden. In Emmerich, wo der Streik kaum begonnen hatte, wurde unser Vorsitzender, Kollege Braam (St.-Herrenberg), aus Preußen ausgewiesen. Dagegen traf unserem Vorsitzenden in Kevelaer, Kollege Lensen; er ist Holländer und wohnte 13 Jahre in Kevelaer. Eine schriftliche Mitteilung ist ihm, wie er angibt, bis heute noch nicht zugegangen.

Auf eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten wegen der Ausweisung Braams erhielten wir folgende Antwort:

Düsseldorf, den 29. Mai 1907.
Die Bestrafung des niederländischen Staatsangehörigen Maurers Johannes Braam aus St.-Herrenberg wegen Hausfriedensbruch ist nicht der alleinige Grund seiner Ausweisung gewesen; auch seine sonstige Haltung war nicht einwandfrei. Ich muß daher seine Ausweisung aus dem preußischen Staatsgebiete als gerechtfertigt anerkennen und weise die namens des Genannten erhobene Beschwerde vom 1. ds. Mts. als unbegründet zurück.

Die Vertretung.
gez.: (Unterschrift, unleserlich).

Einige Gerichtsverhandlungen zeitigte der Streik in Kevelaer außer den schon früher bekannten. Mit neun Kollegen wurde ich wegen Straßenaufbaus, ein andermal wegen Abhaltens einer Versammlung ohne Genehmigung ein drittes Mal wegen Beleidigung des Bürgermeisters angeklagt. Während ich in den zwei ersten Fällen freigesprochen wurde, erhielt ich im letzten Falle wegen einer harmlosen Bemerkung 100 M. Geldstrafe.

Die gegnerische Bewegung macht uns im Bezirk keine großen Schwierigkeiten, ab und zu weiß in Krefeld die „Volkstribüne“ etwas von einem unwarren Terrorismusfall zu berichten. Es ist dies zu begreifen, nachdem die Krefelder Genossen selbst sagen, Muth ist schuld an dem verlorenen Streik; so treten viele Kollegen zu uns über, und die „Volkstribüne“ nennt freiwillige Uebertritte „christlicher Terrorismus“.

In Holland gibt es manchmal noch einen Zusammenstoß mit den dortigen Anarchisten und Sozialisten. Auch der „Katholikenbund“ tritt uns in der Diözese Limburg entgegen.

Organisiert sind in Holland Anarchisten 700, Sozialisten 750, K. K. Kalk und Steinbergwerksbond 600, Summa 2050. Nach diesen benannten Zahlen haben wir in Holland mehr Kollegen organisiert, wie die drei holländischen Verbände zusammen.

Die Konjunktur scheint in unserem Bezirk für 1908 mit Ausnahme einiger Orte, wo es jedes Frühjahr schlapp ist, eine ziemlich gute zu werden. Tue daher jeder Kollege seine Pflicht, dann geht es auch weiter vorwärts, trotz all den Schwierigkeiten, die uns in den Weg gelegt werden. War es im Jahre 1907 trotz den schwierigen Verhältnissen möglich, 1000 Mitglieder zu gewinnen, so können wir zufrieden sein und mit neuer Kraft in die Werbearbeit eintreten.

Die Tätigkeit des Sekretariats gestaltete sich wie folgt: Es liefen ein Briefe und Postkarten 819, davon entfallen 90 auf die italienische Agitation, Telegramme 35, Pakete 29. Aus gingen Briefe und Postkarten 810, Drucksachen 540, Telegramme 23, Pakete 21. An Bahnfahrten machte ich 289, davon entfallen bereits 100 auf Lohnbewegungen. Versammlungen wurden abgehalten durch den Bezirksvorstand 264. Davon besuchte ich 187, die anderen wurden besichtigt. Ferner nahm ich an 61 Sitzungen, an 18 Verhandlungen bei Lohnbewegungen, an 6 Konferenzen und der Generalversammlung des Verbandes in Kassel teil. Die vierteljährlichen Delegiertenversammlungen wurden so eingelegt, daß ich von 21 19 besuchen konnte; auch soll dies in Zukunft beibehalten werden. Kassenrevisionen wurden 21 vorgenommen. Bei denselben stellte es sich heraus, daß es notwendig ist, noch öfter zu kontrollieren. Die Zahlstellen haben durch ein Rundschreiben Mitteilung erhalten und möchten sich daran halten, damit die bestehenden Mängel ganz verschwinden.

Mögen sich nun auch in diesem Jahre Kollegen finden, die eifrig mitarbeiten helfen, die Bewegung nach innen und außen auszubauen.

Beweiset der Welt, was Einheit vermag,
Die fest unsre Herzen umschlingt,
Und leget begeistrungsfroh an den Tag,
Daß Großes uns herrlich gelingt.

Oberhausen (Rheinland).
Ed. Pfeffer; Bezirksleiter.

Rundschau.

Die Strafbestimmungen im Reichsvereinsgesetz. Entwurf waren schon verschiedentlich Gegenstand lebhafter Befürchtungen auch in der Reichskommission wurden die schärfsten Bedenken geäußert. Bei dieser Gelegenheit betonte Staatssekretär v. Reichmann-Gollweg, daß die Strafbestimmungen nur im möglichster Mäße zur Anwendung gelangen sollten. Es hat jedoch den Anschein, als ob in verschiedenen Gegenden Preußens so lange noch das Bundesgesetz besteht, Verstöße gegen dieses mit besonders scharfen Strafen geahndet würden. So erhielt der Vorsitzende der Zahlstelle Bonn des Zentralverbandes Kritik. Solzberger einen amtsrichterlichen Strafbescheid in Höhe von 30 M. seit 6 Tage Haft, weil unter seiner Leitung eine wirtschaftliche Mitglieder-Versammlung in einem anderen Lokal als dem polizeilich angemeldetem, tagen mußte. Durch ein Versehen oder Verschulden des Wirtes, war das bislang benutzte Lokal anderweitig vergeben worden. Da die Versammlung nur verhältnismäßig wenige Besucher zählte und auch die Polizei behörde, falls sie eine Ueberwachung derselben für zweckmäßig erachtete, ohne jede Schwierigkeit das Tagungsort hätte finden können, muß die Höhe der Strafe, als eine hohe erscheinen; zumal der von ihr Betroffene noch nie in seinem Leben mit Polizei und Staatsgewalt in Konflikt gekommen ist. Derartige Strafbestimmungen sind kaum dazu angetan, zu erhoffen, daß die Strafbestimmungen des kommenden Reichsvereinsgesetzes mit höherer Mäße angewandt werden. Dem gesunden Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechen sie sicher nicht.

Der Sprachenparagraf im neuen Reichsvereinsgesetz... das wir befristeten, ist leider eingetroffen, der § 7 des Vereins-

Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landes-... gefehrigung. Jedoch ist in Landesteile, in denen zur Zeit des

Mit der Annahme dieses Paragraphen ist die Agitation unter... fremdlandischen Arbeitern für uns fast unmöglich gemacht.

Verband Deutscher Buchdrucker contra Gutenberg-Bund... At weichen unläuterer und unwahren Mitteln die Gegner des

Da der Gutenberg-Bund und mit ihm die christlichen Ge-... werkschaften den Monopol-Tarifparagrafen, der dem soz. Ver-

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands... Geschäftsstelle Köln) hat im Jahre 1907 an innerer Festigung

„Stücken für und Angel.“ Bei der angeblichen Vorliebe... Berliner Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe für die

das Baugewerbe“ veröffentlicht nun deren Antwort auf die... Einleitung. Sie lautet:

Sie hatten die Liebenswürdigkeit, uns anzusagen, daß den... Mitgliedern unseres Verbandes zusammen mit den gelben

In betreff des uns vorgelegten Tariffes gestatten Sie uns... Ihnen die Mitteilung zu machen, daß unsere Mitglieder gewillt

Zwischen zeichnet... mit vorzüglicher Hochachtung

Die Geschäftsstelle des „Bundes vaterländ. Arbeitervereine“... (gez.) C. Heuer, Schriftführer.

Die Loren. Sie merken sichtlich noch nicht einmal den... Hoffn, der in der Veröffentlichung dieses Briefes seitens des

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugzug fernhalten: Weisenburg i. G., Ausperrung (Maurer... Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Bochum (Sperrung über Herr-

Lipppringe, den 14. März. In einer außerordentlichen... Mitgliederversammlung haben wir uns veranlaßt, Stellung zu

Bezirk St. Johann-Saarbrücken.

Am Donnerstag, den 12. März, fanden in Saarbrücken Ver-... handlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für das Gipser-

hinzuarbeiten, hatten die Gehilfen vorgeschlagen, jetzt 10 resp. 38 Pp... und ab 1. Juli 20 bzw. 40 Pp. zu zahlen. Nach kurzer Beratung

Bezirk Münster.

Witterbed. Hier gelang es uns, auf friedlichem Wege mit... den hiesigen Unternehmern einen Vertrag abzuschließen. Der-

Gescheh i. R. Mit dem Unternehmer Schnuffke haben wir... einen Vertrag zustande gebracht. Derselbe sieht eine Ver-

Osnaabrück.

Am Sonntag, den 8. März, hielt die hiesige... Zahlstelle bei gutem Besuch eine außerordentliche Mitglieder-

nen abzuschließen, könne nur dann angenommen werden, wenn in punkto Lohnverhöhung ein Entgegenkommen von Seiten der Arbeitgeber gezeigt würde. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß auch bei den Arbeitgebern der gute Wille zur Einigung sich Bahn brechen und den berechtigten Wünschen ihrer Arbeiter gerecht werden möge. Zum Verhandeln und zu weiteren Entgegenkommen sind wir vor wie nach zu jeder Zeit bereit." Im Punkt „Verschiedenes“ übernahm es der Koll. Wittmann, an das Solidaritätsgefühl und an die Nächstenliebe der Kollegen, für die Witwe des jüngst in Leugertich ermordeten Koll. Schiller, der noch nicht unterstützungsberechtigt war, der aber eine Frau mit sieben Kindern hinterlassen hat, zu appellieren. Eine daran sich anschließende Sammlung erbrachte die Summe von 15,50 M.

Bezirk Köln.

Schweizer-Lohn. Die augenblickliche wirtschaftliche Lage hat uns bei unserer diesjährigen Tarifabschluß keine große Erleichterung gebracht. Wenn auch, was alle Kollegen eingesehen haben, eine in der Lohnfrage nicht befriedigende Lösung gefunden wurde, so sind immerhin durch die klaren Bestimmungen im neuen Tarif Fortschritte zu verzeichnen. Daß nicht mehr erreicht worden ist, muß auf das Schicksal der Kollegen geschrieben werden. Der Vorstand und die Lohnkommission haben ihr Bestes getan. Aber der schlechte Besuch der Versammlung zeigte schon, daß die Kollegen für eine ernste durchgreifende Bewegung nicht reif waren, indem die volle Einigkeit fehlte. Besonders die Hilfsarbeiter müssen sich sehr bessern, und sich mehr der Organisation anschließen und derselben treu bleiben. Als Laubenschlag darf dieselbe nicht betrachtet werden, sonst wird sich in Zukunft diese Interesslosigkeit noch mehr rächen. Darum folgt unserer Auf, hinein in die Organisation, wenn ihr wünscht, daß im nächsten Jahre für euch Verbesserungen erzielt werden sollen. Wer nicht sät, kann nicht ernten, wer keine Organisationspflichten erfüllen will, d. h. Beiträge zahlen und die Versammlungen besuchen, der kann nicht hoffen, daß seine Lage verbessert wird. Allen Kollegen rufen wir zu: Von jetzt ab mehr Ernst in der Agitation und in der Opferwilligkeit gezeigt, damit wir in der Zukunft gerüstet dastehen.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Stuttgarter.

Aachen, 10. März. Die Kollegen stehen vor einer neuen Bewegung. Obwohl sie ein Tarifverhältnis, welches ihnen große Erfolge gezeitigt hat, haben, droht ihnen die Gefahr des Nichteinhaltens der vereinbarten Bedingungen, die am 1. April eine weitere Lohnverhöhung vorsehen. Hier in Aachen besteht unter den Unternehmern eine große Schmutzkonzurrenz und diese zu beseitigen, daran haben wir alle ein Interesse. Darum gilt es, einzig sein, an dem Ziele mitzuhelfen, daß unsere Verhältnisse im Stuckgewerbe nicht verschlechtert werden. Wenn die Unternehmer unter sich in der Regelung ihrer Preise nicht einig sind, so kann uns das gleichgültig sein; aber nicht gleichgültig kann es uns sein, wenn ein Teil der Unternehmer sich absondere und etwa eine neue Vereinigung gründen und gleichzeitig durch diese einen Keil in die Kollegenschaft hineintreiben wollen. Da gilt es, sich als organisierter Kollege zu fühlen und seiner vertragsschließenden Organisation bewußt zu werden. Da gilt es vor allem, sich bewußt zu werden, unter welchen Umständen der Vertrag erfochten wurde. Hier heißt es, bei der Fahne und Parole halten, wenn in Zukunft weitere Verbesserungen erreicht werden sollen. Mittlerweile glauben die Roten, hier Mitgliederfang treiben zu können; bei dem Tarifabschluß waren sie nicht da und Verbesserungen zu erreichen, überließen sie, wie hier in allen Berufen, uns, dem christlichen Verbands. Jetzt, mitten im Vertragsverhältnis, wo sie wohl den garantierten Lohn mit einheimen, sich aber an keine Verpflichtungen halten, wollen sie mit der abtrünnigen neuen Stukkateurevereinigung einen Tarif abschließen. Ebe sie mit dem christlichen Verband eine offizielle Fühlung genommen, beschließen sie, mit der neuen Vereinigung in Verhandlung zu treten, also Arbeiterverrat zu üben. Hier haben sich unsere Kollegen zu fragen: Sind diese Genossen als Gewerkschaftler ernst zu nehmen? Wollen diese mit einem solchen Treiben die Interessen der Stukkateure von Aachen vertreten und fördern? Schon dieses erste Gebahren sagt uns ein Nein. Darum Kollegen, hört nicht auf diese Kesseltreiber, sondern kommt in die Versammlung und berate mit, was zu tun ist und dann der Parole eurer Organisation gefolgt. Einigkeit ist besonders heute, auch in Tarifzeiten notwendig, das seht ihr an den Walheimer Kollegen. Feste Grundsätze und Prinzipientreue ist heute die erste Bedingung für den christlichen Gewerkschaftler; darum pfleget das, aber nicht hinter dem Ofen, sondern im Agitieren und in der Versammlung. Wir sind gespannt, was wir an den Genossen hier noch erleben werden.

Wiesbaden. Nachdem den Winter über nur verhältnismäßig wenige Kollegen hier anwesend waren, und infolgedessen seit drei Monaten keine Versammlung mehr stattgefunden hatte, lagte am 11. März unsere erste diesjährige Generalversammlung. Der Besuch darf ein ziemlich guter genannt werden, denn es waren, trotzdem viele Kollegen infolge der schlechten Konjunktur noch arbeitslos und noch nicht hier anwesend sind, immerhin bis 40 Kollegen erschienen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht des Kassierers. 2. Neuwahl der Vorstandsmitglieder. Zu Punkt eins legte der Kassierer, Kollege Schorr, den Jahresstellenbericht ab, welcher von den Kassierern für gut befunden erklärt wurde. Punkt zwei: Vorstandswahl, ergab folgendes Resultat: Koll. Grimm erster, Koll. Staat zweiter Vorsitzender; Koll. Dit erster, Koll. Hof zweiter Kassierer; Koll. Springer erster, Koll. Weg zweiter Schriftführer. Ferner die Koll. Traut und Dernbach als Revisoren. Sodann wurde beschlossen, die Versammlungen wieder, wie auch im Vorjahre, regelmäßig alle 14 Tage stattfinden zu lassen. Darauf ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, eilig die Versammlungen zu besuchen. Wenn auch bei der augenblicklich herrschenden schlechten Konjunktur nicht an eine Regelung der Arbeitsverhältnisse zu denken ist, so muß aber doch unser Bestreben sein, unsere Reihen zu stärken und unsere Zahlstelle nach innen und außen zu festigen und auszubauen, denn nur, wenn dieses geschieht, dürfte es uns später gelingen, die hier herrschenden, sehr ungünstigen Verhältnisse in unserer Branche in etwas zu bessern und zu heben. Also Kollegen, an die Arbeit. Wenn wir in jeder Versammlung vier Kollegen neu aufnehmen, wie in unserer letzten Versammlung, dann haben wir das doppelte Mitgliederzahl erreicht. Wann und wo die erste Versammlung jetzt stattfindet, wird in der üblichen Weise am Kopf der „Baugewerkschaft“ bekanntgegeben.

Maurer.

Gesetzliche. „Christlicher Terror.“ Unter diesem Titel macht das sozialdemokratische „Vochumer Volksblatt“ in Nr. 61 seinen Lesern begreiflich zu machen, wie von den christlich organisierten Arbeitern gegen die „armen“ Genossen Terrorismus geübt wird. Es soll auf der Seite „Holland“ der Postler Wilhelm Weber, der nach dem „Volksblatt“ Mitglied des christlichen Bauhandwerkerverbandes sein soll, dem Maurer Wabels gekündigt haben, weil dieser sich nicht in den christlichen

Verband habe aufnehmen lassen wollen. Einem anderen sozialdemokratisch organisierten Arbeiter soll es genau so gegangen sein. Zum Schluß führt das „Volksblatt“ im Tone eines Moralpredigers fort und schreibt wörtlich: „Treten Mitglieder der freien Gewerkschaften einem christlich organisierten Arbeiter mal etwas zu nahe, dann wird Feter und Mordio geschrien, dann ruft man nach dem Staatsanwalt. Wir registrieren diesen traffen Terrorismus und werden ihn jenen Leuten zu gegebener Zeit, wenn sie wieder mal den Mund nicht weit genug aufreißen können, unter die Nase halten.“ Gut gebrüllt, Löwe! Nur schade, daß wir in diesem Falle, wie schon so oft in anderen Fällen, nachweisen können, daß die Behauptungen aus der Luft gegriffen sind. Wahr ist folgendes: „Erstens gehört der Postler W. Weber nicht der christlichen Organisation an, er verhält sich nicht nur den sozialdemokratischen Verbänden gegenüber ablehnend, sondern auch den christlichen. Zweitens ist der Maurer Wabels nicht gekündigt, weil er sich nicht umschreiben lassen wollte, sondern weil seine Arbeiten nicht zur Zufriedenheit des Arbeitgebers ausgefallen sind. Drittens hat der andere Genosse, der angeblich aus demselben Grunde gekündigt sein soll (Arbeiter Wiebra) deshalb seine Entlassung bekommen, weil ihn der Postler während der Arbeitszeit in der Zementtube angetroffen hat, stehend auf den Zementfäden. Wo ist denn nun der christliche Terror zu finden? — Wir hegen den Verdacht, daß das „Vochumer Volksblatt“ diese Erfindung zum besten gibt, um den wüsten Terror im roten Lager gegen christliche Arbeiter damit zu beschönigen. Um mit dem „Volksblatt“ zu reden, sagen wir zum Schluß: Auch wir registrieren diesen Fall, um zu gegebener Zeit den Anhängern des sozialdemokratischen „Volksblattes“ gehörig auf die Finger zu klopfen, wenn sie mit dieser erfundenen „christlichen Terrorismus“-Geschichte hausieren gehen, um die christlichen Arbeiter zu verächtlichen.“

Hagen, den 12. März. Unsere diesjährige Generalversammlung zeigte folgende Tagesordnung auf: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Allgemeine und wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter und Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbunde, 4. Verschiedenes. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Koll. Weier. Bemerkenswert ist in demselben, daß wir dreimal genötigt waren, den ersten Vorsitzenden neu zu wählen. An die Verwaltungsstelle wurden 3104,40 M. abgeführt. Der Koll. Kaffier wurde Entlassung erteilt. In den Vorstand wurde gewählt als erster Vorsitzender Koll. Wellbrink, als zweiter Koll. Weier; erster Kassierer Koll. Wannenmann, zweiter Koll. Braß; erster Schriftführer Koll. Goldmann, zweiter Koll. Keller. Revisoren wurden die Koll. Anwebel und Grotzhoff. Die Kollegen nahmen die Wahl an. Erfreulich ist, daß die Hilfsarbeiter sich freiwillig meldeten. Bezirksleiter Kollege Hänschen ermahnte den Vorstand zu eifriger Tätigkeit, und machte ihm seine Pflichten klar, besonders erwähnte er das Baudelegiertensystem, das in diesem Jahre auf das äußerste entfallen werden müßte. Koll. Janz feierte die Kollegen an, nun den Vorstand auch tatkräftig zu unterstützen, um die Verhältnisse in Hagen endlich auf die Höhe der Großstädte zu bringen. In den Versammlungen müßte, um den Kollegen den Besuch nicht leidzumachen, alles persönliche draußensbleiben. Wegen der vorgerückten Zeit hielt Koll. Hänschen es für ratsam, den dritten Punkt der Tagesordnung fallenzulassen und denselben in einer öffentlichen Versammlung zu erledigen. Dieses wurde angenommen. Zum Schluß dankte der neue Vorsitzende Koll. Wellbrink den Kollegen für das ihm geschenkte Vertrauen und sprach die Hoffnung aus, ihn nach Möglichkeit zu unterstützen. Wenn wir so geschlossen Mann an Mann, Schulter an Schulter marschieren, können wir aber alle Hindernisse, so groß sie auch sein mögen, hinweg.

Bezirk Posen. In Kreuzenborj wurde am 16. Febr. eine Zahlstelle unseres Verbandes errichtet. Kollege Franke (Breslau) schätzte die Notwendigkeit der christlichen Organisation. Ein anwesender Genosse war der Meinung, er könne Mitglied einer sozialdemokratischen Gewerkschaft und trotzdem ein guter Christ sein. Kollege Hosienski gab dem Genossen Aufklärung, so daß dieser mit seinen zwei Kumpanen die Zahlstelle nahm. In den Vorstand wurden gewählt: Koll. Kutsche als erster und Hosienski als zweiter Vorsitzender; Koll. N. Wymann als erster und Gieslod als zweiter Kassierer; Koll. J. Wymann und Grzeschni als zweiter Schriftführer. — In Gohshüt tagte die Generalversammlung. Die Jahresrechnung betrug 960,79 M. Der Wochenbeitrag wurde für die in Breslau arbeitenden Kollegen auf 55 Pf. festgesetzt, für die am Orte verbleibenden auf 30 Pf.; außerdem ein Lokalaufschlag von 80 Pf. pro Jahr. Die Kollegen zeigen ein lebhaftes gewerkschaftliches Interesse und steht zu erwarten, daß auch die uns noch verbleibenden baldigst zugesührt werden. — In der Generalversammlung zu Schönauke hielt der Kollege Kinzelt (Posen) einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage der baugewerblichen Arbeiter. Der Jahresbericht traltte eine gute Konjunktur im verfloßenen Jahre fest, welche in diesem Jahre nicht so gut zu werden verpöricht. Die Kollegen wurden zu festem Zusammenhalt und zur Disziplin ermahnt.

Soziale Wahlen.

Münster i. W. Am 13. und 14. März fand die Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer statt. Die Beteiligung an derselben war nicht die beste, was auf die gegenwärtige stauende Konjunktur zurückzuführen ist. Insgesamt wurden 1707 gültige Stimmzettel abgegeben. Davon erhielt die Liste der christlichen Gewerkschaften 991, die der sozialdemokratischen 616. Dieses Resultat sollte den christlichen Arbeitern Münsters zum Nachdenken Veranlassung geben. Wenn auch diesesmal wieder die Sozialisten mit ihren bekannten schäbigen Mitteln arbeiteten, so muß der Wahlsauheit auf unserer Seite mit der größten Energie entgegengetreten werden. Es ist geradezu beschämend, nicht mehr Wähler auf die Beine gebracht zu haben. Da muß doch manches faul im Staate Dänemark sein, und haben wir alle Ursache, diesen Dingen nachzugehen und sie zu beseitigen. Daß auch die Preisverhältnisse am Orte mit dazu beitragen, ist bekannt. Es muß hier entschiedene Reformarbeit eingeleitet, wollen wir nicht einmal unliebsame Erfahrungen machen.

Von den Arbeitsstellen.

Düsseldorf, 20. März. Am Warenhaus Tief, welches von der Allg. Hochbaugesellschaft ausgeführt wird, fürgte am 11. März infolge zu frühzeitigen Entfernens der Stützen und Streben das Schuggerüst zusammen. Der Kollege Joh. Wolf (Maurer) stürzte mit noch einigen Hilfsarbeitern drei Meter tief herunter und erlitt mehrere Querschnitte des Rückens und der Beine. Die Hilfsarbeiter kamen mit leichten Verletzungen davon. Der schwerverletzte Wolf fand Aufnahme im evangel. Krankenhaus.

Ganigerloh. Am 18. März ereignete sich bei einem Umbau auf der Zementfabrik Grünberg und Rosenstein ein schwerer Unfall. Der Maurer B. Schröder, Mitglied unseres Verbandes, zog sich bei einem Zementtransport einen doppelten Beinbruch zu. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus Ganigerloh gebracht.

Th. i. v. g. Am Neubau des kath. Krankenhauses wurde unser Kollege Höfcher durch den Materialaufzug in die Tiefe gerissen und erlitt dabei schwere innere Verletzungen. Der Unfall

ist auf Verschulden des Unternehmers, Gebr. Küllero, zurückzuführen. Der Materialaufzug stand dicht an der Ecke, wo ein Kollege arbeitete; im Begriff, einige Gesteinsblöcke zu legen, wurde der leere Kasten des Aufzuges angezogen und durch die Schwenkvorrichtung hierbei entstand, salug der Kasten dem über seine gebeugten Kollegen in den Rücken und warf ihn über das nie Mauerwerk hinweg in die Tiefe. Nachdem der Unfall geschehen war, hatte der Unternehmer nichts Silligeres zu tun, als Materialaufzug zu verändern, einen anderen Mast aufzu- und Schuggerüste anzubringen. Die übrigen am Bau Beschäftigten verweigerten die Arbeit auf dieser Unfall-Gelände, trotz die meisten geschworene Unternehmerlieblinge sind. Der Vorwurf kann der Hauptpolizei von Rheinberg nicht erpart werden. Nach dem Unfall wurden sämtliche Bauten kontrolliert, vorher man dies nicht der Mühe wert.

Briefkalten.

Nach Bonn und Münster i. W. Berichte über Verhandlungen, welche am 2. bezw. 7. Februar stattgefunden haben (sogar mit Freibier) und uns „schon“ im halben März zugekommen unmöglich Aufnahme finden. Wir sind auch der Meinung, daß die Bergheimer Kollegen das zwar nicht aus Verbandsgründen herrührende Geld viel besser im Interesse eines notleidenden Kollegen oder dessen Familie hätten anwenden können, als Freibier. Das heißt demnach doch der Kauferei Vorwand geltend gemacht empfinden wir es als ein Mißstand, daß wir in öfteren Versammlungen überhaupt alkoholartige Getränke zu trinken gezwungen sind und erstreben hierin Reformen an. Nur aber noch Versammlungen mit Freibier zu veranstalten, dafür werden wir, ist der Zweck der Gewerkschaftsbewegung doch zu erlt.

Bekanntmachungen.

Die dem Hauptvorstand bis heute mitgeteilten neu gewählten Vorstandsmitglieder werden hiermit bekräftigt.

Aufforderung! Die Kollegen Adalbert Nowak (Wuch-Nr. 119 268) und Stefan Borowicz (Wuch-Nr. 158 349) werden aufgefordert, ihrer Verpflichtungen dem Verwaltungskassen-Kassier Krefz-Bladbeck nachzukommen. Kollegen, denen der Aufenthalt beider bekannt ist, bitten wir, uns davon Mitteilung zu machen. August Krefz, G l a b e c k, Herberstraße 2.

Als verloren werden gemeldet die Wuch-Nr. 128 289 lautend auf Karl Lammers von der Zahlstelle Nordwalde; die Wuch-Nr. 126 180 lautend auf J. Hüßler von der Zahlstelle Rürnberg; die Wuch-Nr. 183 999 lautend auf Johann Schellen von der Zahlstelle Rheinberg.

Achtung! Bezirk Paderborn. Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß das Sekretariat Paderborn vom 1. April 1908 nach Ludwigstraße 35 verlegt wird. Alle Anfragen sind an obige Adresse zu richten. Friedrich Werner, Bezirksleiter.

Achtung! Der Maurer Karl Seidler, geboren 27. Februar 1882 zu Paltwanggen (Wuch-Nr. 151 235) ersucht seine Adresse unbergänglich nach B B I n, B a l m s t r a ß e anzugeben zwecks Zeugenvernehmung. Diejenigen Kollegen, von denen Aufenthaltsort des Kollegen Seidler kennen, werden ersucht denselben hierauf aufmerksam zu machen. Josef Becker.

Bezirk Hannover. Mit Genehmigung des Hauptvorstandes wird nach § 8 d Statuts eine **Bezirks-Konferenz** nach Minden i. Westf. einberufen. Dieselbe findet am 29. März 08, vormittags 11 Uhr im Verbandslokale (Herberge zur Heimat), Marienwall 10, statt.

Tagesordnung:
1. Bericht des Bezirkssekretärs und der Delegierten.
2. Zentralisation.
3. Agitation.
4. Beratung der Anträge. Verschiedenes.
Der Bezirksleiter. E. Hildebrand, Hannover.

Achtung! Mittelrhein. Auf Anregung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften findet am Sonntag, den 5. April, nachmittags 2 Uhr in Bonn, Rh., im Lokale des Wingervereins, Hauptstraße, eine **Konferenz** sämtlicher mittelrheinischer Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften statt.

Tagesordnung:
1. Berichterstattung der einzelnen Zahlstellen.
2. Referat des Zentralvorsitzenden Stadverordneten Koll. Kutsche über christliche Arbeiterbewegung und soziale Lage.
3. Allgemeine Aussprache.
Die Zahlstellen haben mindestens einen Delegierten, für jedoch mehrere Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute entsenden. Die Delegiertenkosten tragen die einzelnen Zahlstellen. Die Kosten der Zahlstellen nicht in der Lage sein, einen Delegierten eigene Kosten entenden zu können, so haben selbige sich umgeben an den Vorsitzenden des Bonner Gewerkschaftskartells, Koll. U. Wellmann, Bonn, Brüdergasse 15, zu wenden. Im Anschluss an diese Konferenz findet im selben Lokale, abends 6 1/2 Uhr, öffentliche Arbeiterversammlung statt in welcher der Generalsekretär des Gesamtverbandes, Kollege Egerwald, referieren wird. Um zahlreiche Beschickung der Konferenz bittet Das Bonner Gewerkschaftskartell.

Sterbefälle.

Am 1. März starb unser Mitglied Alexander Dominiukowski im Alter von 34 Jahren an Tuberkulose. Verwaltungsstelle Danzig.

Am 2. März starb unser Mitglied Arnold Feldhoim im Alter von 20 Jahren. Zahlstelle Freltingdorf.

Am 10. März starb unser Mitglied P. Bernhardt Hartmann an Lungenerkrankung. Zahlstelle Seiden.

Am 12. März starb unser Mitglied Peter Wehler im Alter von 44 Jahren an Lungenerkrankung. Zahlstelle Weikersburg.

Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Kollegen von Disbrüden u. Umgebung. Am Sonntag, den 29. März, nachmittags 1/2 12 Uhr, findet bei Herrn Eduard Zimmer eine große Versammlung statt zu der alle christlich gesinnten Arbeiter von Disbrüden u. Umgebung herzlich eingeladen sind. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.